



Protokollauszug

aus der

7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 28.01.2015

öffentlich

**Top 6.6 Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am
Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten
14/SVV/0934
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung** hat der Vorlage mit der Terminänderung „Oktober 2015“ zugestimmt; die Vorlage wird mit dieser Änderung zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, das Modellprojekt am Schlaatz zur Wohnumfeldpflege weiter zu entwickeln und auf weitere geeignete Wohngebiete auszuweiten. Ziel soll sein, dass die Landeshauptstadt Potsdam und ansässige Wohnungsunternehmen gemeinsam Pflegeverträge für öffentliche und private Grün-, Spiel- und Sportflächen vergeben und damit einen einheitlichen Pflegestandard im Wohngebiet nachhaltig sichern.

Dabei sollen vor Ort mit den beteiligten Wohnungsunternehmen, privaten Eigentümern und der (organisierten) Bürgerschaft für das betreffende Wohngebiet konkrete Pflegestandards definiert werden. In die Pflegekonzepte können auch Leistungen Dritter, z. B. von privaten Betrieben oder von ehrenamtlichem Engagement – beispielsweise Guerilla-Gardening-Initiativen – aufgenommen werden.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im Oktober 2015 Bericht erstattet werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.



BESCHLUSS
der 7. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 28.01.2015

Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz auf
weitere Wohngebiete ausweiten
Vorlage: 14/SVV/0934

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, das Modellprojekt am Schlaatz zur Wohnumfeldpflege weiter zu entwickeln und auf weitere geeignete Wohngebiete auszuweiten. Ziel soll sein, dass die Landeshauptstadt Potsdam und ansässige Wohnungsunternehmen gemeinsam Pflegeverträge für öffentliche und private Grün-, Spiel- und Sportflächen vergeben und damit einen einheitlichen Pflegestandard im Wohngebiet nachhaltig sichern.

Dabei sollen vor Ort mit den beteiligten Wohnungsunternehmen, privaten Eigentümern und der (organisierten) Bürgerschaft für das betreffende Wohngebiet konkrete Pflegestandards definiert werden. In die Pflegekonzepte können auch Leistungen Dritter, z. B. von privaten Betrieben oder von ehrenamtlichem Engagement – beispielsweise Guerilla-Gardening-Initiativen – aufgenommen werden.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im Oktober 2015 Bericht erstattet werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird 1 Seite beigefügt.

Potsdam, den 09. Februar 2015

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel